

Anwesend:

Oberbürgermeister

Oberbürgermeister Eberhard Menzel

Mitglied SPD-Fraktion

2. Bürgermeister Wilfrid Adam
Ratsmitglied Holger Barkowsky
Ratsmitglied Petra Biel
Ratsmitglied Karlheinz Föhlinger
Ratsmitglied Hans Gabriels
Ratsmitglied Sabine Gastmann
Ratsmitglied Hans Hartmann
Ratsmitglied Hans-Jürgen Kempcke
Beigeordneter Siegfried Neumann
Ratsmitglied Uwe Reese
Ratsvorsitzender Norbert Schmidt
Ratsmitglied Margit Stoermer
Ratsmitglied Hermann Stolle
Ratsmitglied Angelika Thwin
Ratsmitglied Christine Will

Mitglied CDU-Fraktion

Ratsmitglied Ursula Biester
Ratsmitglied August Desenz
Ratsmitglied Jörn Felbier
Ratsmitglied Ursula Glaser
Ratsmitglied Martin Harms
Beigeordneter Stephan Hellwig
Ratsmitglied Brigitte Klee
Ratsmitglied Michael Kunze
1. Bürgermeister Fritz Langen
Ratsmitglied Helmut Möhle
Ratsmitglied Philipp Panzer
Ratsmitglied Bernhard Rech
Beigeordneter Prof. Günter Reuter
Ratsmitglied Heinz Weerda

Mitglied FDP-Fraktion

Ratsmitglied Susanne Bauermeister
Ratsmitglied Hans-Joachim Jasny
Ratsmitglied Horst Radmer
Ratsmitglied Hartmuth Sager
Beigeordneter Dr. Michael von Teichman

Mitglied Gruppe BASU/Tholen

Ratsmitglied Joachim Ender
Ratsmitglied Barbara Ober-Bloibaum
Ratsmitglied Gerold Tholen
Beigeordneter Joachim Tjaden
Ratsmitglied Claus-Dieter Westerman

Mitglied Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ratsmitglied Werner Biehl
Ratsmitglied Erika Lach

Mitglied "Die Linke"

Ratsmitglied Johann Janssen

Dezernent

Erster Stadtrat Jens Stoffers
Stadtbaurat Klaus-Dieter Kottek
Stadtrat Dr. Jens Gaul

von der Verwaltung

Fachbereichsleitung Kommunikation & Koordination Arnold Preuß
Fachbereich Kommunikation & Koordination Eugen Folkers
Fachbereich Kommunikation & Koordination Ira Wernicke

Protokollführerin

Protokollführerin Insa Rogel

Es fehlte entschuldigt

Ratsmitglied Ursula Aljets
Ratsmitglied Peter Müller

A. Öffentlicher Teil ab Seite 3

B. Einwohnerfragestunde auf Seite 9

A. Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

- | | | |
|-------|---|----------|
| 5.1 | Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO durch den Rat | 166/2011 |
| 5.2 | Benennung eines Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH | 185/2011 |
| 6.1.1 | Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Horst Erbe | 155/2011 |
| 6.2.1 | 71. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven - Ergänzung zur 30/41. Ä. FNP - Sonderbauflächen Windenergie, Entwurfsbeschluss | 159/2011 |
| 6.2.2 | Aufhebung von Änderungen zum Flächennutzungsplan 1973 und von Bebauungsplänen, Sammelbeschluss | 160/2011 |
| 6.3.1 | Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Wilhelmshaven | 161/2011 |

Vor Beginn der Sitzung fand eine Informationsveranstaltung zum Thema „Banter See-Gewässerqualität“ statt. Dazu referierte Herr Dr. Manzenrieder vom „Ingenieurbüro Dr.-Ing. Manzenrieder und Partner“, Oldenburg zu den Untersuchungsergebnissen. Der Vortrag ist dem Protokoll als Anlage beigelegt.

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Schmidt eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Tagesordnung wird in der vorliegenden Form festgestellt.

- 3 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 13.04.2011

Beschluss: - einstimmig zugestimmt -

Die Niederschrift der öffentlichen Sitzung des Rates sowie der Einwohnerfragestunde vom 13.04.2011 wird genehmigt.

- 4 Aktuelle Stunde

Es lagen keine Beratungsgegenstände vor.

- 5 Vorlagen des Verwaltungsausschusses an den Rat (Beigeordneter Prof. Reuter)

- 5.1 Annahme von Zuwendungen im Sinne des § 83 Abs. 4 NGO durch den Rat 166/2011

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 06.06.2011 vor.

Herr Dr. von Teichman beantragte eine **getrennte Abstimmung**. Dies begründete er damit, dass er die Spende seitens des Reinhard-Nieter-Krankenhauses nicht nachvollziehen könne. Seines Erachtens sollten städtische Betriebe nur bedingt für Spenden zur Verfügung stehen, insbesondere dann nicht, wenn sie wirtschaftlich angeschlagen seien, wie auch in diesem Falle das

Krankenhaus. Er halte es für sinnvoller zu sparen, anstatt Geldbeträge auszugeben. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion diesem Punkt nicht zustimmen.

Oberbürgermeister Menzel zeigte sich irritiert in Bezug auf den vorgebrachten Einwand. Er bitte, nicht jede Gelegenheit zu nutzen, um sich gegen das Krankenhaus zu stellen. Selbstverständlich sei die Spende im Sinne des Reinhard-Nieter-Krankenhauses und schade dem Haus nicht. Hier müsse auch der Zweck des Projektes, das durch die Spende unterstützt werde, hervorgehoben werden.

Herr Dr. von Teichman hielt dem entgegen, er versuche nicht, das Krankenhaus schlecht zu reden, vielmehr deuteten die Bilanzen auf eine wirtschaftliche Schieflage hin. Selbstverständlich sei gegen das Projekt nichts einzuwenden und auch der Betrag scheine nicht hoch, doch müsse die Frage erlaubt sei, wo angesichts der finanziellen Lage die Grenze gesetzt werden müsse.

Nach einem kurzen Disput zwischen **Herrn Neumann** und **Herrn Dr. von Teichman** zur Haushaltssituation des Krankenhauses machte **Herr Biehl** auf den Zweck der Spende aufmerksam. Damit werde das Jugendamt in die Lage versetzt, sehr gute, indirekte Prävention zu leisten.

Herr Stoffers stimmte Herrn Biehl zu und informierte kurz über das Projekt: Unter der Federführung des Jugendamtes arbeiteten viele Beteiligte an der Umsetzung mit, wovon eine die Kinderklinik des Reinhard-Nieter-Krankenhaus sei. Es entspräche ganz einfach der Firmenpolitik des Krankenhauses, sich an derartigen Projekten zu beteiligen und finanziell zu unterstützen. Dies müsse nicht zuletzt als Möglichkeit des Krankenhauses gesehen werden, sich nach außen zu präsentieren. Er sei davon überzeugt, dass sich damit die Beteiligung nicht nur positiv auf das Klientel, sondern auch positiv auf das Krankenhaus auswirken werde.

Herr Weerda appellierte in Richtung Herrn Dr. von Teichman, sich dem Thema wieder zuzuwenden.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorlagen, wurde über den Antrag von Herrn Dr. von Teichman auf getrennte Abstimmung entschieden. Dieser Antrag wurde **mehrheitlich abgelehnt**.

Beschluss: -mehrheitlich zugestimmt-

Der Rat beschließt die Annahme folgender Geldspenden:

Zuwender/in	Betrag	Empfänger, Verwendungszweck
1. Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft e.G.	3.610,- €	Geldspende der Wilhelmshavener Spar- und Baugesellschaft e.G. zur Durchführung der Sonntagkonzerte 2011 der Stadt Wilhelmshaven im Musikpavillon im Kurpark
2. Reinhard-Nieter-Krankenhaus Wilhelmshaven gGmbH	6.000,- €	Unterstützung des Projektes des Jugendamtes der Stadt Wilhelmshaven „Frühe Hilfen in der Stadt Wilhelmshaven“

5.2 Benennung eines Mitgliedes für die Gesellschafterversammlung der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH **185/2011**

Herr Prof. Reuter trug den Beschlussvorschlag des Verwaltungsausschusses vom 06.06.2011 vor.

Herr Dr. von Teichman sah sich in seiner Annahme bestätigt, diese Änderung des Gesellschaftsvertrages würde wesentlich schneller umgesetzt, als die in der Vergangenheit von der FDP-Fraktion beantragte. Zudem dränge sich ihm die Frage auf, was sich hinter dieser Änderung verberge. Er vermute, es handle sich um eine bestimmte Personalie und zeige sich gespannt hinsichtlich der weiteren Entwicklung.

Herr Tjaden merkte in Richtung Herrn Dr. von Teichman an, das neue Mitglied, für das die BASU das Vorschlagsrecht besitze, werde selbstverständlich nach Sachlage im Sinne der Stadt entscheiden. Die Verantwortung, demokratische Entscheidungen auf Grundlage von Informationen zu entscheiden, trage zudem nicht das neue Mitglied allein, sondern das Gremium in seiner Gesamtheit.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven benennt Herrn Joachim Ender für den 7. Sitz in der Gesellschafterversammlung der Reinhard-Nieter-Krankenhaus Städtische Kliniken gGmbH. Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt der in der Gesellschafterversammlung erforderlichen Beschlussfassung über die Änderung des Gesellschaftsvertrages (siehe Beschlussvorlage Nr. 152/2011).

6 Vorlagen der Fachausschüsse an den Rat

6.1 Ausschuss für Personal und Gleichstellungsfragen (Ratsherr Felbier)

6.1.1 Berufung in das Ehrenbeamtenverhältnis – Horst Erbe **155/2011**

Herr Felbier trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Personal und Gleichstellungsfragen vom 23.05.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der bisher kommissarisch mit den Aufgaben des stellvertretenden Ortsbrandmeisters der Ortsfeuerwehr Rüstringen Beauftragte, Herr Horst Erbe, wird gem. § 13 Niedersächsisches Brandschutzgesetz mit Wirkung vom 01.07.2011 bis zum 30.06.2017 zum stellvertretenden Ortsbrandmeister der Ortsfeuerwehr Rüstringen im Ehrenbeamtenverhältnis berufen.

6.2 Ausschuss für Planen und Bauen (Ratsherr Rech)**6.2.1 71. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt Wilhelmshaven **159/2011**
-Ergänzung zur 30/41. Ä. FNP-Sonderbauflächen Windenergie
Entwurfsbeschluss**

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 31.05.2011 vor.

Oberbürgermeister Menzel verwies auf die lebhafte Diskussion der letzten Wochen zu diesem Thema. In Richtung der im Ortsrat getätigten Äußerungen forderte er dringend eine Versachlichung der Diskussionen zu diesem Thema. Er wies darauf hin, dass die zur Entscheidung anstehende Fläche nach objektiv nachprüfbaren Kriterien die am besten geeignete für das Aufstellen von Windenergieanlagen im Stadtgebiet sei. Für das in Aussicht stehende neue Testfeld gebe es bereits sehr interessante Bewerbungen in- und ausländischer Hersteller. Gespräche über die Auswahl und Bedingungen der Nutzung des Standortes seien bereits in Gang; außerdem sei ein Hersteller daran interessiert, sich in Wilhelmshaven mit einer Offshore-Servicestation niederzulassen. Auch hierfür stünden geeignete Flächen zur Verfügung. Dies versetze die Stadt in die Lage, künftig vermehrt in den Fokus der Offshore-Industrie zu rücken. Dies wiederum schaffe dem DEWI (Deutsches Windenergie Institut) ein interessantes industrielles Umfeld und bilde die Grundlage für die geplante dualen Ausbildung an der Jade-Hochschule.

Anschließend stellte Herr Menzel nochmals die Bedeutung des DEWI für die Stadt heraus, sowie die Wichtigkeit der Sicherung Wilhelmshavens als Windenergie-Standort. Es bestehe ein großes Interesse von Seiten mehrerer Hersteller für Windanlagen an der Errichtung von Prototypen für offshore geeignete Anlagen in Wilhelmshaven, welches die Stadt für sich nutzen müsse. Besonders aber müssten die Aktivitäten des DEWI nachhaltig unterstützt werden. Zudem würde von Windenergieanlagen-Herstellern dringend nach Produktions- und Umschlagskapazitäten in deutschen Seehäfen gesucht, auch dazu habe Wilhelmshaven bereits mit einigen Firmen Verbindung aufgenommen.

Zwischen dem DEWI und der Stadt sei zwischenzeitlich eine Vereinbarung getroffen worden, in der festgesetzt worden sei, dass die Zielsetzung des Verfahrens der 71. Änderung des Flächennutzungsplanes einerseits dem Energiekonzept der Bundesregierung entspreche, zum anderen die Erweiterung der Vorrangfläche dem Interessen des DEWI Rechnung trage, dem in Wilhelmshaven bestehenden Hauptsitz weiter zu sichern und auszubauen.

Nach Vorliegen der erforderlichen bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die neu auszuweisenden Vorrangflächen für Standorte von Windenergieanlagen solle die Errichtung und den Betrieb einer Forschungswindenergieanlage für die Lehr- und Labortätigkeit der Jade-Hochschule im Rahmen des dualen Studienangebotes für Windenergieingenieure eingeplant werden. Auf der anderen Seite gebe es einen erheblichen Bedarf in- und ausländischer Hersteller von Windanlagen zur Vermessung offshore-geeigneter Prototypen durch das DEWI, sowie an nachgewerblichen Niederlassungsmöglichkeiten an einem küstennahen Hafenstandort. Dazu sei mit dem DEWI vereinbart worden, dass von dort darauf hingewirkt werde, dass sich die Hersteller der vom DEWI zu vermessenden Prototypen zugleich auch zu einer gewerblichen Ansiedlung in Wilhelmshaven verpflichteten. Damit könnten zugleich Arbeits- und Ausbildungsplätze in der Stadt gewonnen werden.

Herr Hellwig zeigte sich erfreut, dass mit dem heutigen Beschluss die Voraussetzungen für zusätzliche Forschungsmöglichkeiten, den langfristigen Verbleib des DEWI in der Stadt sowie für einen neuen Studiengang geschaffen würden. Zu den vorhandenen Anlagen im Stadtgebiet könnten vier bis fünf neue Anlagen hinzukommen, wenn die entsprechenden Baugenehmigungen erteilt würden. Dort könnten Fachhochschule und DEWI die benötigten Messungen durchgeführt und die wissenschaftlichen Erkenntnisse gewonnen werden, die zur Weiterentwicklung der Windenergieanlagentechnik erforderlich seien. Auch die vom Ortsrat geforderte und durch die CDU-Fraktion grundsätzlich unterstützte Errichtung eines Bürgerwindparks liege mit dem heutigen Beschluss im Bereich des Möglichen. Für die Zukunft gelte es jedoch unbedingt, eine Überfrachtung des Stadtgebietes mit Windenergieanlagen zu vermeiden, vielmehr müssten alte Anlagen durch neue, leistungsfähigere Anlagen ersetzt werden. Die Windenergie werde künftig eine immer größere Rolle bei der Energieversorgung spielen. Auch Wilhelmshaven als potentieller Standort für einen offshore Windenergie-Versorgungs- und Umschlaghafen müsse an dieser Entwicklung partizipieren. So sollte die Stadt alles in ihrer Macht stehende tun, um bestehende Institutionen zu stärken, neue zu schaffen und ansiedlungswillige Unternehmen aus der Windenergiebranche nach Wilhelmshaven zu holen.

Frau Klee appellierte, Aussagen einzelner Ortsratsmitglieder nicht dem ganzen Ortsrat anzulasten. Zudem habe der Ortsrat dieser Beschlussvorlage zugestimmt. Gleichzeitig habe dieser der Verwaltung den Auftrag erteilt, für die Fläche 10, Uppers, und eine städtische Fläche das Änderungsverfahren einzuleiten mit der entsprechenden Prüfung auf Eignung für einen Bürgerwindpark. Der Ortsrat bitte auch die übrigen Ratsmitglieder um Unterstützung für dieses Vorhaben.

Herr Dr. von Teichman begrüßte die Vorlage, die seiner Meinung nach bereits viel früher hätte vorliegen werden müssen. Nachdem vor einigen Jahren die Aussage noch lautete, dass keine Flächen für Windenergie mehr vorhanden seien, habe eine erneute Prüfung nach aktuellen Gesichtspunkten glücklicherweise das vorliegende Ergebnis gebracht. Jedoch sei die Verwaltung erst auf Forderung des DEWI erneut tätig geworden.

Bezüglich der von Oberbürgermeister Menzel angesprochene Diskussion wolle er darauf hinweisen, dass dies hätte vermieden werden können, wenn die Verwaltung früher und ausführlicher über die Fakten informiert hätte.

Davon abgesehen, sei es dringend notwendig, dem DEWI weitere Unterstützung zukommen zu lassen. Zum einen würden auf diese Weise Arbeitsplätze geschaffen, zum anderen gewinnen die regenerativen Energien insgesamt, aber auch die Windenergie im speziellen immer weiter an Bedeutung.

Abschließend signalisierte er für die FDP-Fraktion ebenfalls die Zustimmung für einen Bürgerwindpark; es seien schließlich nunmehr ausreichend potenzielle Standorte für Windenergieanlagen ausgewiesen. Fraglich sei aber, ob die Bürger überhaupt in der Lage seien, das notwendige Kapital für eine moderne Windanlage aufzubringen.

Insgesamt sei das Vorhaben mit der heutigen Beschlussvorlage zu begrüßen, doch es müsse auch die Möglichkeit geschaffen werden, den Hafen mit diesem Gewerbebezirk zusätzlich zu beleben.

Herr Biehl betonte ebenfalls die Bedeutung eines Hafens, der die Versorgung von Offshore-Windanlagen übernehmen könne. Dies müsse die Stadt unbedingt für sich nutzbar machen, besonders durch eine Änderung des Landesraumordnungsprogramms. Die Zeit für Großindustrie hingegen sei aus seiner Sicht abgelaufen. Das Potential, das an Hafenfläche zur Verfügung stehe, müsse für erneuerbare Industrie zur Verfügung stehen.

Herr Schmidt mahnte, dass trotz Energiewende Aktionismus fehl am Platze sei. Es gebe ohne Zweifel unterschiedliche Interessenlagen, die jedoch nach sachlichen Gesichtspunkten abzuarbeiten seien. An dieser Stelle wolle er der Verwaltung für die geleistete Arbeit zur Herstellung der Flächenanalyse danken. Im Hinblick auf die steigende Bedeutung regenerativer Energien, ohne die die Energieproblematik in Zukunft nicht gelöst werden können, sei es besonders wichtig, alle Punkte in Ruhe anzugehen. Er sehe die Stadt hier auf dem richtigen Wege. Vor allem sei aber auch planerische Sicherheit benötigt, so dass der Rat den Weg hin zu regenerativen Energien gemeinsam beschreiten sollte.

Herr Westerman stimmte seinen Vorrednern bezüglich der Notwendigkeit einer Energiewende zu, doch komme diese Einstellung etwa 10 Jahre zu spät; andere Kommunen seien auf diesem Gebiet bereits viel weiter.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven stimmt dem Entwurf der

**71. Änderung des Flächennutzungsplans der Stadt
Wilhelmshaven – Ergänzung zur 30/41. Ä. FNP –
SONDERBAUFLÄCHEN WINDENERGIE -**

zu und beschließt, ihn einen Monat lang öffentlich auszulegen. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.2.2 Aufhebung von Änderungen zum Flächennutzungsplan 1973
und von Bebauungsplänen, Sammelbeschluss

160/2011

Herr Rech trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Planen und Bauen vom 31.05.2011 vor.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt die Aufstellungsbeschlüsse zu den Änderungen zum Flächennutzungsplan 1973 mit der Nr. 13, Nr. 14, Nr. 15, Nr. 17, Nr. 26, Nr. 29, Nr. 50, Nr. 61 und Nr. 67 und zur 1. Änderung zum Bebauungsplan Nr. 158 / VEP 006 gem. Vorlage aufzuheben und damit das jeweilige Verfahren zu beenden. Die Vorlage ist als Anlage des Originalprotokolls Bestandteil der Niederschrift.

6.3 Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft und Brandschutz
(Beigeordneter Dr. von Teichman)

6.3.1 Integriertes Klimaschutzkonzept für die Stadt Wilhelmshaven

161/2011

Herr Dr. von Teichman trug den Beschlussvorschlag des Ausschusses für Landwirtschaft und Brandschutz vom 01.06.2011 vor.

Die **Herren Dr. von Teichman, Harms, Neumann, Prof. Reuter, Tjaden, Janssen** und **Dr. Graul** äußerten übereinstimmend ihre Zustimmung zum Konzept. Es wurde dessen Notwendigkeit betont, wie auch die sich daraus ergebenden Chancen für die Stadt dargelegt.

Beschluss: -einstimmig zugestimmt-

Die Stadt Wilhelmshaven stellt ein Integriertes Klimaschutzkonzept auf und beantragt dafür entsprechende Fördermittel auf Basis der "Richtlinie zur Förderung von Klimaschutzprojekten in sozialen, kulturellen und öffentlichen Einrichtungen im Rahmen der Klimaschutzinitiative" des Bundesministers für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, BMU.

B. Einwohnerfragestunde

Da keine Fragen vorlagen, wurde die **Einwohnerfragestunde** geschlossen.

Es folgte der nichtöffentliche Teil der Sitzung.

Ende der Sitzung: 17:35 Uhr

gez.

gez.

gez.

Schmidt
Ratsvorsitzender

Menzel
Oberbürgermeister

Rogel
Protokollführerin